

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

4/2002

Kiel, 16. Januar 2002

Sperrfrist:

16. Januar 2002, 18:00 Uhr (Redebeginn)

Arens: Wir müssen uns aktiv für ein lebenswertes Alter einsetzen und dürfen Not nicht hinnehmen!

Kiel (SHL) – *In seinem Grußwort zum 35. „Gespräch zum Jahresbeginn“ des Sozialverbandes Deutschland in Kiel sagte Landtagspräsident Heinz-Werner Arens am 16. Januar unter anderem:*

„Der Sozialverband Deutschland hat kurz vor Weihnachten mit der Unterschriftenaktion für eine Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege auf sich und die Pflegeproblematik aufmerksam gemacht. Diese Aktion findet meine uneingeschränkte Sympathie und Unterstützung. Das Landespflegegesetz ist erst der Beginn eines Prozesses und keinesfalls der Abschluss des umfangreicher werdenden Auftrages der Pflege älterer Menschen. Mit der Initiative sieht sich die Politik aufgefordert, sich einmal mehr und nachhaltig mit der Thematik zu befassen.

Die demografische Entwicklung mit der Umkehrung der Alterspyramide ist ja bekannt und gibt ein konkretes Zeitfenster vor. Die erforderlichen Kosten sind gewaltig und werden unsere Leistungsfähigkeit in ungekanntem Maße fordern. Die Größe der Aufgabe verlangt meiner Ansicht nach Lösungen, die im breitestmöglichen gesellschaftlichen Konsens gefasst werden müssen, auch in der Zusammenarbeit aller politischen Fraktionen bei der Bewältigung der Fragen menschenwürdiger Pflege und des Lebens im Alter.

Hier geht es um Menschen in unserer Gesellschaft, die Hilfe benötigen. Es ist nicht nur eine politische Verpflichtung, sondern eine soziale, eine moralische Pflicht, hier rechtzeitig zu handeln. Dies betrifft uns alle. Es ist Ausdruck sozialen Empfindens und Denkens unserer Gesellschaft, uns aktiv für ein lebenswertes Alter einzusetzen und nicht Not hinzunehmen.

Über die grundlegende Zielsetzung menschenwürdiger Pflege und eines entsprechenden Lebens auch im Alter gibt es zwischen den Parteien keinen Dissens. Aber der ernsthafte Versuch zu einem Konsens zu kommen, ist ein meiner Ansicht längst überfälliges gesellschaftliches Signal. Über die Pflege hinaus müssen wir aber auch in anderen Bereichen absehbare Entwicklungen berücksichtigen, so auch in der Arbeits- und Sozialpolitik. Ich stimme dem Bundeskanzler in seiner Einschätzung zu, wenn er von einem ‚Jugendwahn‘ spricht, dem man nicht verfallen sollte, sondern sich auch des Wissens und der Erfahrung älterer Menschen gerade im Wirtschaftssektor bedienen sollte.

Und hier ist ein gesellschaftliches Umdenken erforderlich, denn Leistung wird und wurde mit jungem Alter in Verbindung gebracht. Der Wert von Erfahrung und der Nutzen von Erfahrung muss dabei neu definiert werden. Dies wird vor dem Hintergrund unseres Weges von der Dienstleistungs- in die Wissensgesellschaft sicherlich auch möglich sein. Aber es geht um mehr. Es geht um die Stellung älterer und alter Menschen in der Gesellschaft. Es geht um ihre Würdigung, um ihre Einbeziehung. Es geht darum, sie nicht abzuschieben. Dazu benötigt die Politik auch den aktiven Beitrag von Institutionen und Verbänden. Ich bin sicher, dass der Sozialverband Deutschland, wie in Vergangenheit auch, seine Stimme einbringen wird, wie es mit der Volksinitiative zur menschenwürdigen Pflege bereits geschehen ist.“